



Joffe (ZEIT) ruft zum Mord im Weißen Haus auf

Im ARD-Presseclub am 22.1.2017 zeigte sich einmal mehr, wie enthemmt unsere sogenannten Qualitätsjournalisten schon sind. Vom Votum der Amerikaner für Donald Trump immer noch sichtlich angewidert und wohl geradezu empört, dass in den USA kaum jemand auf die linke deutsche Journaille hört, ließ ZEIT-Schreiberling Josef Joffe die letzten Schranken der Zurückhaltung fallen und regte einen „Mord im Weißen Haus“ als „Ausweg aus der Trump-Katastrophe“ an.

Die Situation stellte sich so dar, dass eine Zuschauerin die Frage stellte:

Gibt es noch einen Ausweg aus der Trump-Katastrophe? Gibt es ein rechtliches mögliches Szenario oder einen Passus in der Verfassung, die eine mögliche Amtsenthebung zur Folge hätte? Und ich hoffe für alle Menschen, dass Sie meine Frage mit „Ja“ beantworten können.

Constanze Stelzenmüller erklärte dazu, dass man sich bereits darüber ausgetauscht habe, wie denn dafür die Bedingungen wären, weil man mit so einer Frage gerechnet hätte. Stelzenmüller führt kurz die rechtliche Seite eines möglichen Amtsenthebungsverfahrens aus, für das die Hürden aber ziemlich hoch wären, wie sie sagt.

Daraufhin bietet Josef Joffe (bei Min. 1:17 im Video) die Lösung für die Frage der Zuschauerin an und sagt wörtlich:

Mord im Weißen Haus zum Beispiel.

Dass Constanze Stelzenmüller darauf lachend antwortet: „Josef, ernst bleiben“, macht die Sache nicht besser.

Wo bleibt der Aufschrei aller sonst so Empörten? Wo die Forderung nach Entlassung des Journalisten? Wer hat Anzeige wegen Volksverhetzung erstattet? Bisher ist uns nichts dergleichen bekannt, nur ohrenbetäubendes Schweigen kann man ausmachen. Sicher, es war bestimmt nur Spaß und sollte wohl lustig sein, zumindest im Studio fanden das offenbar alle. Aber was wäre wohl jetzt los, hätte ein AfD-Politiker als „Ausweg für die Merkel-Katastrophe“ ebenso spaßeshalber zum Beispiel Hexenverbrennung angeregt? Ja, wir können uns alle vorstellen was da los wäre. (lsg)

» E-Mail: joffe@zeit.de

» [Online-Beschwerde](#) beim deutschen Presserat